

# STRATEGISCH, DAUERHAFT, VORBILDLICH? DIE NEUE EU-LANGFRISTSTRATEGIE ZUM KLIMASCHUTZ

## HINTERGRUND

Mit dem [Pariser Klimaabkommen](#) vom Dezember 2015 hat sich die internationale Staatengemeinschaft das Ziel gesetzt, die globale Erwärmung auf deutlich unter 2 Grad und möglichst auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Die Vertragsstaaten einigten sich zu diesem Zweck auf die Ausarbeitung nationaler Klimabeiträge (National Determined Contributions, NDC) in Form von konkreten nationalen Reduktionszielen für Treibhausgasemissionen für 2030. Für die Zeit bis 2050 sind die Vertragsstaaten aufgefordert, Klima-Langfriststrategien (LFS) auszuarbeiten. Sowohl die nationalen Reduktionsziele für 2030 als auch die Langfriststrategien müssen bis 2020 beim Sekretariat der [UN-Klimarahmenkonvention](#) (UNFCCC) eingereicht werden.

Im März 2018 [forderten die europäischen Staats- und Regierungschefs die Europäische Kommission](#) auf, bis Ende März 2019 einen Entwurf für eine EU-Klima-Langfriststrategie vorzulegen. Die [öffentliche Konsultation](#) zur LFS läuft vom 17. Juli bis zum 8. Oktober 2018. In einem sogenannten „option paper“ wird die Kommission anlässlich der 24. UN-Klimakonferenz im Dezember 2018 ihre Vision für eine 2050-Strategie darlegen. Nach der Veröffentlichung des Entwurfs voraussichtlich im März 2019 folgt die Debatte und Annahme im Europäischen Rat durch die Staats- und Regierungschefs und im Umweltrat durch die europäischen UmweltministerInnen. Ob es sich bei dieser Version der LFS um dasselbe Dokument handeln wird wie das, das die EU-Kommission zum Januar 2020 bei der UNFCCC einreichen muss, ist noch unklar.

## WARUM BRAUCHT DIE EU EINE NEUE LANGFRISTSTRATEGIE?

Für die EU ist die Erarbeitung einer Langfriststrategie kein neues Vorhaben. Schon 2011 veröffentlichte die EU-Kommission den [Fahrplan für den Übergang zu einer wettbewerbsfähigen CO<sub>2</sub>-armen Wirtschaft bis 2050](#), kurz Roadmap 2050. 2009 hatten sich die EU-Staats- und Regierungschefs entsprechend der Empfehlung des [Intergovernmental Panel on Climate Change \(IPCC\)](#) für die Erreichung des 2-Grad-Ziels darauf geeinigt, die europäischen Treibhausgasemissionen bis 2050 um 80 bis 95 Prozent gegenüber 1990 zu senken. Die EU-Kommission modellierte dafür in ihrer Roadmap 2050 unterschiedliche Wege zu einer Emissionsreduktion von 80 Prozent. Das Dokument zeigt den kosteneffizientesten Weg zur Erreichung dieses Ziels anhand von Zwischenzielen auf (40 Prozent Verringerung bis 2030, 60 Prozent bis 2040), analysiert das Reduktionspotenzial einzelner emissionsintensiver Sektoren wie Verkehr, Gebäude und Industrie. Es legt zudem den Nutzen, die Machbarkeit und die Finanzierbarkeit einer Dekarbonisierung dar. Auf Basis dieser Ergebnisse wurde die Roadmap 2050 nicht nur Wegbereiter für neue europäische Zielmarken und Gesetzesinitiativen, sie inspirierte auch die Erarbeitung von nationalen Langfriststrategien in den EU-Mitgliedstaaten.

Seit 2011 ist in der internationalen Klimadiplomatie viel passiert. Mit dem Pariser Abkommen wurde 2015 das 2-Grad-Ziel durch das Bekenntnis zu deutlich unter 2 Grad und möglichst auf 1,5 Grad Celsius ersetzt. Die Vertragsstaaten einigten sich darauf, dass CO<sub>2</sub>-Emissionen rasch gesenkt werden und möglichst bald ihren Höchststand erreichen. Ein Gleichgewicht zwischen dem Ausstoß klimaschädlicher Gase und ihrer Bindung in sogenannten Senken wie Wälder oder Baumplantagen, die während des Wachstums Kohlendioxid aufnehmen, wird für die zweite Hälfte des Jahrhunderts angestrebt. Die EU muss dafür voraussichtlich nicht nur ihr 2050-Ziel nach oben korrigieren, sondern auch ihre gesamte Langfriststrategie an die durch Paris vorgegebene Ambition anpassen. Darüber hinaus muss die EU bei der Erarbeitung der LFS neue wissenschaftliche Ergebnisse unter anderem aus dem [Fünften Sachstandsberichts des Intergovernmental Panel on Climate Change \(IPCC\)](#) von 2014 und des [IPCC-Sonderberichts 1,5 Grad](#), der im Oktober 2018 veröffentlicht wird, berücksichtigen und zum Beispiel die Prognosen

für CO<sub>2</sub>-Emissionen, wirtschaftliche Entwicklung und Potenziale für den Ausbau erneuerbarer Energien bis 2050 anpassen.

## DIE BEDEUTUNG EINER NEUEN LANGFRISTSTRATEGIE

Die EU-Kommission will in der neuen EU-Klima-Langfriststrategie Wege aufzeigen, wie Emissionsreduktionen bis 2050 im Einklang mit den Zielen von Paris erreicht werden können und ausführen, welche politischen Entscheidungen für unterschiedliche Emissionsreduktionsziele und Wege dorthin getroffen werden müssen. In erster Linie handelt es sich bei der Strategie damit um ein Dokument, welches sowohl den politischen Akteuren auf europäischer Ebene als auch den Mitgliedstaaten Optionen für eine langfristige Klimapolitik aufzeigt. Den Mitgliedstaaten soll das Dokument außerdem als Orientierung für die Erarbeitung ihrer eigenen Langfriststrategien dienen. Die Entscheidung für ein neues EU-Emissionsreduktionsziel für 2050 liegt weiterhin bei den europäischen Staats- und Regierungschefs, die im Rahmen der Debatte um die LFS ab März 2019 auch über ein neues 2050-Ziel entscheiden werden. Gerade deshalb gibt es schon jetzt ein breites Interesse daran, welche Emissionsreduktionsziele die EU-Kommission modellieren wird.

Von großer Bedeutung ist die LFS auch im Rahmen der Debatte um das neue EU-Emissionsreduktionsziel (NDC) für 2030, welches gemeinsam mit der LFS bei der UNFCCC eingereicht werden muss. Schließlich wird sich anhand der Reduktionsszenarien in der LFS ablesen lassen können, wie hoch das EU-Emissionsreduktionsziel für 2030 ausfallen kann.

## FORM

Die Strategie wird voraussichtlich aus drei Teilen bestehen, die gleichzeitig von verschiedenen Abteilungen der EU-Kommission erarbeitet werden.

Teil	Inhalt	Akteur	Veröffentlichung
1 Modellierung ( <i>modelling</i> )	Modellierung verschiedener 2050-Reduktionsszenarien auf der Basis des <a href="#">PRIMES-Modells</a>	<a href="#">Generaldirektion Klima</a> und <a href="#">Generaldirektion Energie</a> der EU-Kommission	Zwischen Januar und März 2019
2 Politikoptionen und Handlungsprinzipien ( <i>Policy options and principles</i> )	Analyse politischer Handlungsoptionen für die EU in den Bereichen globale Maßnahmen (UNFCCC), lokale und regionale Maßnahmen, finanzielle und ökonomische Instrumente, technologische Innovationen und sozial-gerechter Strukturwandel	<a href="#">European Political Strategy Center (EPSC)</a> des Kommissionspräsidenten	Zwischen Januar und März 2019
3 Handlungspfade und Strategie ( <i>Pathways and Strategy</i> )	Hierbei handelt es sich um die eigentliche Strategie. Der Entwurf wird aufbauend auf Teil 1 und 2 eine Anleitung enthalten, wie verschiedene Reduktionsszenarien zu erreichen sind	Kabinett von Klimakommissar Miguel Arias Cañete, zusammen mit den Generaldirektionen Klima und Energie	„Option Paper“ im Dezember 2018, Erster Entwurf zwischen Januar und März 2019 erwartet



## ERWARTUNGEN DER UMWELTVERBÄNDE

### Ambitionsniveau

Seit dem Inkrafttreten des Pariser Klimaabkommens kann das EU-Emissionsreduktionsziel von 80 bis 95 Prozent bis 2050 gegenüber 1990 nicht mehr als fairer Beitrag der EU zur Bekämpfung des Klimawandels gewertet werden. Europäische Umweltorganisationen wie [Climate Action Network Europe \(CAN Europe\)](#) fordern deshalb, dass die Strategie mindestens ein Szenario enthält, das, wie in der UN-Klimarahmenkonvention festgeschrieben den Beitrag der EU an Prinzipien der historischen Verantwortung und der Handlungsfähigkeit bemisst. Dem Beitrag muss dabei auch das verbleibende CO<sub>2</sub>-Budget zu Grund gelegt werden. Die Ankündigung des Klimakommissars Miguel Arias Cañete, Klimaneutralität bis 2050 zu modellieren, geht in die richtige Richtung. [Aktuelle Studien](#) zeigen aber auch, dass selbst Klimaneutralität bis 2050 nicht ausreichend sein könnte, um die globale Erwärmung auf deutlich unter 2 Grad und möglichst auf 1,5 Grad zu begrenzen. Aus diesem Grund fordern Umweltverbände wie der [WWF](#), dass die Strategie die EU auf Klimaneutralität bis 2040 basierend auf dem verstärkten Ausbau von Energieeffizienz sowie der Deckung des Energiebedarfs zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien vorbereiten sollte.

### Zwischenziele und NDC

Um eine deutliche Unterschreitung des 2-Grad-Ziels zu erreichen, sind die kumulierten Emissionen und nicht allein die Emissionen im Zieljahr entscheidend. Nur so kann verhindert werden, dass Maßnahmen zur Emissionsminderung aufgeschoben und die Ziele verfehlt werden. Aus diesem Grund fordert [CAN Europe](#), dass die neue Klima-Langfriststrategie der EU wie schon die Roadmap 2050 den Weg zur Erreichung dieses Ziels anhand von Zwischenzielen aufzeigt und somit auch die Richtung für das neue EU-NDC für 2030 vorgibt.

### Sektorziele

Sowohl der Handlungsbedarf als auch das Handlungspotenzial kann je nach Sektor sehr unterschiedlich ausfallen. Aus diesem Grund setzten sich Umweltverbände wie [CAN Europe](#) dafür ein, dass die LFS Dekarbonisierungspfade für alle relevanten Sektoren wie Industrie, Verkehr (einschließlich internationalem See- und Luftverkehr), Energie und Landwirtschaft modelliert. Da eine umfassende Dekarbonisierung in bestimmten Sektoren wie Verkehr vor allem eine Elektrifizierung bedeutet, muss die LFS aufzeigen, wie eine Energieversorgung aus 100 Prozent erneuerbaren Energien gestaltet werden kann.

### Politische Grundsatzfragen

Nicht nur die Vermeidung oder Begrenzung des menschengemachten Klimawandels verursacht Kosten. Um ein realistisches Kosten-Nutzen-Verhältnis von langfristigem Klimaschutz zu erhalten, sollte laut [CAN Europe](#) auch der volkswirtschaftliche Schaden, der durch Überschwemmungen, Dürren und Hitzewellen entsteht, berechnet werden (wie bereits von [Eurostat](#) oder [Europäischer Umweltagentur](#) durchgeführt). Die EU-Kommission sollte diese Kosten in der LFS berechnen und somit ihrer Ankündigung in der Roadmap 2050 von 2011, „[k]ünftige Verbesserungen der Modelle könnten auf eine bessere Darstellung der Auswirkungen des Klimawandels selbst abzielen“ (S.4), gerecht werden. Darüber hinaus darf sich die Dekarbonisierung nicht nur auf technische Innovationen stützen. Die LFS muss eine Vision enthalten, wie die EU zukünftig auf die Veränderung von Lebensstilen und Wirtschaftsformen hinwirken kann und die entsprechenden Zusammenhänge mit dem Klimawandel aufzeigen.

[CAN Europe](#) fordert ebenfalls, dass die Kommission ihre Planungen zur Anpassung an den Klimawandel in die Langfriststrategie integriert. Schließlich müssen Emissionsminderung und Anpassung an den Klimawandel Hand in Hand gehen, um die soziale und ökonomische Entwicklung abzusichern. Letztlich sollte die LFS auch „best practice“-Beispiele in die Strategie aufnehmen und sich dafür an Mitgliedstaaten orientieren, die bereits ambitionierte Ziele festgelegt und Langfriststrategien ausgearbeitet haben. Hierdurch kann die EU wiederum sicherstellen, dass die LFS den Mitgliedstaaten, die noch keine LFS ausgearbeitet haben, ausreichend Anleitung bietet.

## Verbesserte Modellierung

Die Modellierung der Reduktionspfade muss sich im Vergleich zur Roadmap 2050 deutlich verbessern. [Umweltverbände](#) setzen sich dafür ein, dass der gesamte Prozess der Entwicklung auf dem Prinzip der Transparenz basiert. Die Eröffnung eines Stakeholder-Dialogs zur Modellierung durch die Kommission geht in die richtige Richtung. Sie reicht jedoch nicht aus, um die zugrunde liegenden Annahmen zu technologischen Entwicklungen und Kosten im Detail nachzuvollziehen. Die Annahmen, auf denen die Modellierung basieren wird, sollten, so [CAN Europe](#), reale Technologiekosten abbilden. In der Roadmap 2050 wurde das Potenzial von erneuerbaren Energien und Energieeffizienz stark unterbewertet. So wurde zum Beispiel die Nettoerzeugungskapazität von Solarenergie für 2020 auf 53 Gigawatt (GW) geschätzt, während [Prognosen von 2016](#) diese bei 136 GW sehen. Das entspricht einem Unterschied von plus 155 Prozent. Die Kommission hat darüber hinaus die Abzinsung für erneuerbare Energien deutlich zu hoch angesetzt und damit die Kosten-Nutzen-Prognose für Investitionen in Erneuerbare deutlich verschlechtert. Auch der „least-cost“-Ansatz, auf dem das PRIMES-Modell basiert, welches die EU-Kommission verwendet, spiegelt die Realität nicht adäquat wider. Zusätzliche Vorteile, die sich aus einer Dekarbonisierung ergeben, wie die Schaffung von Jobs, Wirtschaftswachstum und weniger Ausgaben im Gesundheitssystem, müssen in der LFS ebenfalls in die Kosten-Nutzen-Berechnung einfließen.

## ZEITPLAN

**Bis 8. Oktober 2018:** Öffentliche Konsultation für InteressenvertreterInnen und BürgerInnen

**Dezember 2018:** Die EU-Kommission legt voraussichtlich ihre Vision für eine Langfriststrategie in Form eines „option paper“ vor

**Januar bis März 2019:** Die EU-Kommission legt einen Entwurf für eine Strategie vor

**2019:** Die Mitgliedstaaten und die EU-Kommission debattieren über den Entwurf

**2019/2020:** Annahme der Strategie durch den Europäischen Rat und Annahme durch den Umweltrat vor Abgabe der Strategie bei der UNFCCC

**Januar 2020:** Die EU-Mitgliedstaaten müssen im Rahmen der [EU-Governance-Verordnung](#) ihre eigenen Langfriststrategien bei der EU einreichen. Die EU muss eine Klima-Langfriststrategie bei der UNFCCC einreichen.

### Der Deutsche Naturschutzring wird gefördert durch:



Bundesministerium  
für Umwelt, Naturschutz  
und Reaktorsicherheit

Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei der Autorin.